MITTEILUNGSVORLAGE

			Vorlage-Nr.: M 05/0252
604 - Fachbereich Verkehrsflächen und Entwässerung			Datum: 23.06.2005
Bearb.	: Herr Kröska, Mario	Tel.: 2 58	öffentlich
Az.	: 604.1/ti		

Beratungsfolge

Sitzungstermin

Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr

18.08.2005

**Widmung und Abstufung einer (letzten) Teilstrecke der B 433 in Norderstedt von Abschnitt km 0,165 bis km 0,000 (Langenhorner Chaussee);
hier: Sachstandsbericht**

Nach dem Grundsatzbeschluss bzw. den weiteren Beschlüssen zum Ausbau der Ulzburger Straße wurde seinerzeit der Widerspruch gegen die Abstufung der Ulzburger Straße zur Gemeindestraße von der Stadt Norderstedt beim Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein zurückgezogen.

Inzwischen wurde die Ortsdurchfahrt entsprechend neu festgesetzt. Die Umstufung der Ulzburger Straße zur Gemeindestraße von der Einmündung L 284 (Schleswig-Holstein-Straße) bis Baukilometer 8,143 (Einmündung Ohechaussee) ist zum 01.05.2004 unanfechtbar geworden.

Mit Schreiben vom 10.06.2005 kündigt der Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr in Kiel an, dass die Abstufung der letzten Teilstrecke der Bundesstraße 433 von Abschnitt km 0,10 (Station) 0,000 bis Abschnitt km 0,10 (Station) 0,165 zur Landesstraße 284 in der Baulast des Landes Schleswig-Holstein zum 01.01.2006 erfolgt.

Mit dieser Festsetzung der Ortsdurchfahrt gemäß § 4 Straßen- und Wegegesetz geht die Baulast dann auf die Stadt Norderstedt über (Grund: Gemeinde über 20.000 Einwohner/innen).

Zuvor hatte die Freie und Hansestadt Hamburg (mit Schreiben vom 08.06.2005) abschließend mitgeteilt, dass sowohl die Widmung als auch die Abstufung der Bundesstraße 433 auf Hamburger Gebiet ebenfalls zum 01.01.2006 umgesetzt wird.

Demzufolge erklärt sich nunmehr auch die Freie und Hansestadt Hamburg mit der Abstufung der gesamten B 433 einverstanden und erhebt keinen Widerspruch mehr.

Da es sich bei der Abstufung der Langenhorner Chaussee nur noch um einen logischen Abschluss einer Gesamtmaßnahme handelt, die bekanntermaßen im Konsens zwischen Bund, Land und Gemeinden (Henstedt-Ulzburg, Kaltenkirchen, Stadt Norderstedt) zu Stande gekommen ist, macht aus fachlicher Sicht ein Widerspruch zu der bevorstehenden Abstufungsmaßnahme überhaupt keinen Sinn und hätte auch für die Stadt Norderstedt keinerlei Erfolgsaussichten.

Sachbearbeiter/in	Abteilungsleiter/in	Amtsleiter/in	mitzeichnendes Amt (bei über-/außerplanm. Ausgaben: Amt 20)	Dezernent/in
-------------------	---------------------	---------------	---	--------------

Die Stadt Norderstedt hat bereits in der Vergangenheit der Abstufung der Ulzburger Straße zugestimmt und hierfür relativ hohe Gegenleistungen vom Land Schleswig-Holstein erhalten (Sanierung der kompletten nördlichen Asphaltdecke der Ulzburger Straße, Finanzausgleich in Höhe von ca. 350.000,00 € für die südliche Decke und Zusage über GVFG-Mittel für den südlichen Ausbau der Radwege in Höhe von ca. 150.000,00 €).

Deshalb hat die Stadt Norderstedt auch in der Vergangenheit den vorausgegangenen Widerspruch zurückgezogen.

Schlussendlich ist nunmehr auch die Freie und Hansestadt Hamburg mit der Abstufung der gesamten B 433 einverstanden und führt diese Umstufung auch selbstständig durch.

Das Planfeststellungsverfahren zum geplanten Ausbau des Knotens Ochsenzoll bleibt von einer Abstufung der Langenhorner Chaussee unberührt, allerdings ist die bisher gültige Kostenteilung zwischen Bund, Land und Stadt Norderstedt (nach Umwidmung) ungültig und muss neu aufgeteilt werden. Die Kosten für das südliche Tunnelbauwerk müssten hiernach von der Stadt Norderstedt in Zukunft alleine getragen werden.

Diese Tatsache ist im Laufe der Verhandlungen zur Abstufung der Ulzburger Straße immer bekannt gewesen und stellt nach hiesiger Auffassung keine „Überraschung“ dar. Bund, Land und auch der Stadt Norderstedt sind die Konsequenzen der o. g. Abstufungsmaßnahme stets bekannt gewesen.

Der Fachbereich Verkehrsflächen und Entwässerung hat allerdings bereits Kontakt mit dem Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr in Itzehoe und mit dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr in Kiel (Herr Conradt) in dieser Angelegenheit aufgenommen.

Hiernach bestätigte das Ministerium die Auffassung der Stadt Norderstedt, dass die Stadt Norderstedt selbstverständlich alle Bau- und Planungskosten, die auf den abzustufenden Streckenabschnitt (nach Umwidmung) entfallen, über einen Förderantrag einwerben kann.

Diese Zuwendungen würden dann über den Landesbetrieb in Itzehoe beantragt und eine abschließende Entscheidung über die Zuwendungshöhe im Ministerium des Landes Schleswig-Holstein getroffen.

Da sich die Stadt Norderstedt (in den letzten Jahren) immer auf die Aussagen und Kompetenz der Mitarbeiter des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr verlassen konnten, sind zurzeit erhebliche Nachteile für die Stadt Norderstedt nicht erkennbar.

Zusammenfassend wird deshalb der Abstufungsverfügung des Landes seitens der Stadt Norderstedt gefolgt, um u. a. das positive Verhältnis zwischen Bund, Land, der Stadt Hamburg und Norderstedt nicht zu beeinträchtigen.